



150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag Ulstein & Co. Drucker: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur im Ausw. H. Handberg, 21. Eilb., Berlin, Ungerl. Druckerei, werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt. Fernsprech. Zentrale Ulstein, Am Dönhofs 9609 - 9663; für den Fernverkehr Am Dönhofs 9606 - 9605. Telegramm-Adressen: Ulsteinhaus, Berlin. Postfachnummer Berlin 1050.

Unbehagen und Mißtrauen in Paris. Englands neueste Streikwelle

Der französische Steuerzahler trägt die Kosten.

Drohmelung der 'Vossischen Zeitung'.

Paris, 28. März.

Die gestrigen Erklärungen Bonincaux vor dem Finanzrat der Kammer haben in parlamentarischen Kreisen den Eindruck erweckt, daß sich jetzt leichter Erfolg der Revision erzielt ist, und daß von der ersten 'Kapitulation' Deutschlands allen Verleihen über die 'Mitteln' der Währungsmaßnahme zum Trotz keine Rede sein kann. Bonincaux sagte die 'Hoffnung', daß Deutschland bis Ende Mai zum Nachgeben sich gezwungen sehen werde, und strafte seine frühere optimistische Haltung Äußerungen. In parlamentarischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß die französische Revision gar nicht in der Lage ist, die Währungsmaßnahme zu berechnen und alle Entschädigungen daher verlorflos sind. Bonincaux hat gestern auf die Frage, ob die Kosten der Revision in gleicher Weise geregelt werden, wie die Kosten der Rheinlandbelegung, die ausstehende Antwort gegeben, daß über diesen Punkt mit den anderen Mächten noch verhandelt werde. In parlamentarischen Kreisen zweifelt kein Mensch daran, daß die französischen Steuerzahler die Kosten der Revision tragen müssen.

Die 'Journale Industrielle' bescheiden es als unzulänglich, daß Bonincaux in der Kammer Sitzung vom Freitag nicht zu große 'Zurückhaltung' beobachtet, sondern das Wort ergreife, um das im Hauptgebiet Geleiste zu stiften und, die nationalen und internationalen Argumente, die das Unternehmen rechtfertigen, darzulegen. Das Wort hält es besonders für notwendig, daß Bonincaux die französische Politik gegenüber Deutschland unter den Verbündeten klar begründen und dabei stark die 'lokale' Haltung Frankreichs gegenüber England und Italien betont.

In diesem letzten Wunsch der 'Journale Industrielle' kommt das Mißtrauen zum Ausdruck, das durch die letzten Vorgänge in Italien und London in französischen nicht-

antilichen Kreisen geweckt worden ist. Dieses Mißtrauen wird heute von den extrem-nationalistischen Blättern offen geäußert. So schreibt die 'Libre Parole' wörtlich: 'Wir haben mehr von unheimlichen Feinden zu fürchten, als von unseren Gegnern.' Bonincaux kommt nach Darlegungen über die Währungsmaßnahme von Hugo Stinnes zu dem Schluß, daß es 'vielleicht schon zu viel ist, daß Stinnes die Hilfe nach Mailand unternehmen konnte und nicht von der Zwecklosigkeit dieses Versuches vorher überzeugt worden ist'.

Amerikanische Bankiers in Deutschland.

Drohmelung der 'Vossischen Zeitung'.

mp Rom, 27. März.

Als Hauptergebnis des römischen Besuche Hugo Stinnes' ist zu buchen, daß eine Kommission amerikanischer Bankiers vornehmlich unter Führung des Präsidenten der amerikanischen Fiskalbank des internationalen Bankensanktionskongresses, Booth, nach Deutschland reist, um die dortige Lage zu prüfen und zu untersuchen, ob die Voraussetzungen zu erfüllen sind, welche die Amerikaner für die künftige Gewährung der großen Reparationsanleihe an Deutschland fordern.

Gleich von offizieller Seite einstimmig herbeigeholt wird, daß der belgische Minister des Äußeren Caspar als Privatmann nach Mailand reise und sein dortiges Zusammenreffen mit Wessels ein 'zufälliges' sei, wolle doch nicht die Petrograden vernehmen, die belgische politische Streife davon insinuiert, daß die Interessen Frankreichs und Belgiens in der Ruhrfrage Linkenwegs übereinstimmen. 'Monde' hat darüber berichtet, daß Italien und Belgien gleichermäßen an der Wahrung eines gewissen europäischen Gleichgewichts interessiert sind und daher besonders geeignet seien, eine gemeinsame Aktion zu unternehmen, um vorerst möglichst auf Frankreich einzuwirken und schließlich eine Vermittlung im Ruhrkonflikt zu versuchen, unter welcher beide Länder gleichermäßen leben.

Englands neueste Streikwelle

Dr. W. D. Edwards, 'Vossische Zeitung'.

London, 26. März.

Wenn diese Geilen den deutschen Leser erreichen, wird die Frage vielleicht bereits entschieden sein, ob hier — im Lande der autarken Wohlstandsart — eine runde halbe Million Bauarbeiter und verwandte Gewerbe — Pflanzler, Züchter, Landwirte — in der Bewegung greifen die organisierten Arbeiter, um zu verhindern, daß die Unternehmer in größerem Umfang als bisher Unorganisierte, d. h. Arbeitslose, die zu jedem Jahre zu arbeiten bereit sind, einstellen. Zu Bestatigungen der Gehaltsarbeiter sind Beispiele geführt worden, in denen Kampfbewegungen gegen in Aussicht stehende Vorrückungen der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen, angeblühend wurden.

Alle diese Streiks und Arbeitsbewegungen lassen sich auf die Formel bringen: Kampf gegen den Lohnabbau. Dieser Kampf wird von den Arbeitern ausgeht, nach zwei in die Fronten geteilt: Einmal gegen die Abnahme der Lohnsumme, und dann gegen den Versuch — wie er jetzt bei den Bauarbeitern gemacht werden sollte — in den Gewerben, in denen die Löhne bereits des Gehaltsniveaus erreicht oder etwas unterschritten haben, bei den Lohn auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung fortzuführen.

Der Kampf gegen diese beiden Angriffsfronten wird den Gewerkschaften in finanzieller und tatlicher Beziehung außerordentlich erschwert. Da in fast allen Gewerben Arbeitslosigkeit herrscht, ist an sich die Zahl der regelmäßig Beiträge entrichtenden Mitglieder geringer, als in normalen Zeiten. Diese launigen Mittel und Wege der Lohnsumme zu erhalten, sind in den letzten zwei Jahren außerordentlich schwierig geworden, da die Gewerkschaften für die Erhaltung ihrer Löhne stark mitgenommen worden. Die Erbe haben den letzten Verzicht erlassen, oder wiederum die Möglichkeit, während längerer Zeit ausstehende Einkünfte zu ziehen, Erben aber nicht in Aussicht, so leidet jede Streikbewegung an dem Mangel innerer Geselligkeit der Streikenden. Sozialorganismen und einzelne Belegschaften werden aus und zurückgekehrt, die Gewerkschaften werden vielfach nur um eine geringeren einheitlichen Bewegung zu retten, Frieden zu schließen, bevor der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hat.

Als tatliche Schwermütigkeit stellt sich auf der Seite der Arbeiter die 'Aberverarmung' der Arbeiter in den letzten Monaten, welche durch die Arbeitslosigkeit vor Monat zu Monat mehr entzweit. Treppen die Gewerkschaften die Ergänzung der finanziellen Arbeitslosenunterstützung das Mangelmöglichkeit haben, um die Lebenshaltung — den Standard of life — der Erwerbslosen einengen zu können, ist diese politisch und wirtschaftlich in zunehmenden Maße besorgniserregend und antisozial entwertet worden. Obwohl politisch nur noch auf die kommunalpolitisch angeschauten verfallenen der jungen Arbeiterführer während, sind sie doch bereit, jede Arbeit anzunehmen, ohne lange danach zu fragen, ob die Lohnsumme nicht durch die Arbeitslosigkeit den zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern vereinbarten Tariffen. Aus diesen über der Arbeitslosen — jetzt rund 1,3 Millionen — rekrutieren sich jene 'Unorganisierten', gegen deren Lohnabbau, wie oben herangezogen wurde, ist im Wege des Streiks letzten Monats die bedingte gemeinsame Forderung der Gewerkschaften abgelehnt wird. Aus den Reihen der Arbeitslosen muß jede Streikorganisation den Zugang zu vielen Elementen zu dem letzteren können. Die Lohnsumme der Streikbewegungen bedürfen, daß die einen wirtsch. Stellung eines ges. in m Gewerbe nicht aufzuheben kann.

Wenn in diesem Tage trotzdem so etwas wie Streikwellen vor sich zu ist das trotz der geübtesten unglücklichen Vorbereitungen der Lohnsumme auf die jetzt verdrängte Lebenshaltung des Wohlstandes zurückzuführen. Heute wird in England darum gekämpft, Schicksal zu vermeiden, die wenn man die Geldwertigkeit im Auge berücksichtigt, für 1914 etwa 2,5 bis 3,5 Milliarden betragen hätten. Von diesen Löhnen wollen die Arbeitgeber entweder noch zehn bis zwanzig Prozent erhalten oder, wenn sie unerschütterlich bleiben wollen, dafür die Arbeitslosen zu vermeiden. Hier gehen die Gewerkschaften mit glücklicher — trotz der tatsächlichen Wehnen der Führer gegen einen Streik — nicht mehr. Die Lohnsumme ist jetzt fast acht bis neunzehnteligen Wertzeit empfangen, können gerade — in organisierter Weise — Land- und Bauarbeiter — durch die etwas besser beschulten Arbeiter zu einem Lohn, der des Gehaltsniveaus bedarf, ergänzt werden. Jede Verletzung der Löhne oder Veränderung der Arbeitszeit führt zu dem Großen der Arbeiter eine Lebenshaltung, die nicht mehr als menschenwürdig anzupreisen wäre.

Frankreichs Intransigenz.

Drohmelung der 'Vossischen Zeitung'.

London, 28. März.

Die heutige Morgenpresse berichtet durch Information und Pariser Telegramme die Bestimmtheit darauf vor, daß Frankreich eine vernünftige Regelung der Sicherheitsfrage und der Reparationen noch nie vor abzöhe. Die Liberalen verlangen eine Klärung über die Ziele der amtlichen Pressepolitik. Die diplomatische Mitarbeiter der 'Daily Mail', der als Sprachrohr der französischen Presse gilt, erklärt, daß die französische Regierung und das französische Volk den Reparationen wegen 'Internationalisierung der Währungsfrage' unter dem Gesicht der Währungsfrage keine Folge geben würden. Frankreich sei am Standpunkt, daß der Vorkriegs-Paragraf völlig durchzuführen werden müßte, und daß insofern die Befreiung der Rheinlande nachteilig ist 1923 daraus möglich. Vorher könne von einer Klärung keine Rede sein. Eine Internationalisierung der Währungsfrage könnte nach 1925 vorgenommen werden, doch würde Frankreichs Interessen fordern, daß Deutschland vollkommen abgelehnt ist. Der Daily Telegraph hat die Bedeutung der Währungsfrage in den Verhandlungen zwischen den Alliierten und Belgien sehr eingehend berichtet, ein vernünftiges Kompromiß anzuregen.

Die Sonderer Meinungen ergaben den Eindruck, den das gesamte Publikum. Bonincaux im Kammerausgang hervorgerufen hat, es scheint, daß Frankreich an seinem ursprünglichen Standpunkt festhält, vielleicht mit dem Unterschied, daß jede Lösung und Entspannung den Vorkriegsstandpunkt, der es jetzt noch ermöglicht, die französischen Finanzen zu erhalten, zu zünden und in der Zeit mit dem Vorkriegsstandpunkt zu betreiben. Der französische Militarismus ist zum Selbstzweck geworden und wehrt sich gegen die Gefahr, daß ein wirklicher Frieden seinen internationalen Werten entzweit. Die Frage der Friedensgarantie, die man gewöhnlich auf das Abkommen bezieht, ist in Wahrheit für ganz Europa brennend geworden.

Das französische Verhalten wird wirksam unterdrückt durch die gestrige Erklärung des Reichsministers von Joseph, der in knapper Form sich zur Annahme jedes künftigen Vorschlags bereit erklärt, nur die Reparationsfrage und die Höhefrage zu lösen. Insbesondere ist die deutsche Revision bereit, eine auf dem internationalen Kapitalmarkt auszubringende möglichst große Anleihe mit jeder

von dem Anleiheformalismus als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und den Erfolg Frankreich oder der Alliierten als sofortigen baren Reparationsvorschlag zu übergeben. Der Minister sagte noch hinzu, daß nichts als durch eine gemeinsame Aktion herbeigeführt werden solle, daß die deutschen Industrie und Wirtschaftstätigkeit ihre Streit in den Alliierten durch internationale Sachverständigen befehlener deutscher Reparationspflicht stellen.

Die Ausführungen Molensberg sind gestern mit Recht von dem gesamten Auswärtigen Publikum gebilligt worden. Die Fiktion in der Zeit die beste Grundlage für die einmütige Fortführung des passiven Widerstands, 'mit dem Ziel, hierdurch und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrgebietes von der heutigen unvertretbaren Zwängen herbeizuführen'.

Die Goldanleihe vor der Reparationskommission.

Der Erfolg der Anleihe kann von den Alliierten nicht beansprucht werden. — Die Reichsbankgarantie unannehmbar.

Paris, 28. März. (B. Z. B.)

'Matin' berichtet über das Ergebnis der Sitzung des Justizausschusses der Reparationskommission hinsichtlich der französischen Einwendungen gegen die deutsche Goldanleihe. Die Reparationskommission habe sich gestern mit dem von Anweisung vorgeschlagenen Reichsfinanzplan auseinandergesetzt. Die Diskussion sei besonders schwierig und heftig gewesen.

Der Ausschuss habe auf die erste Frage, ob das Deutsche Reich das Recht habe, ohne Genehmigung der Reparationskommission eine Anleihe aufzunehmen, einstimmig mit Nein geantwortet.

Auf die zweite Frage, ob die Reparationskommission das Recht habe, auf Grund des Artikels 248 des Vertrages der deutschen Reichsbank als eine hypothetische Einnahme auszuheben der Reparationskommission anzuerkennen und ihre Rücklage oder teilweise Übermittlung zu verlangen, hätten die französische und der italienische Delegierte mit Ja, ihre drei Kollegen, darunter der belgische Delegierte, mit Nein beantwortet.

Auf die dritte Frage, ob die von der Reichsbank geleisteten Garantien einig seien, habe die Reparationskommission mit Ausnahme des französischen Delegierten genehmigt, daß die Reichsbank eine private Wert ist. Da sie somit nicht unter die Gesamthypothek der Alliierten falle, habe sie Garantien anbieten können.